

«Das Narrativ, Umweltverbände würden die Energiewende blockieren, ist falsch»

Rahel Marti ist Co-Geschäftsleiterin der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz.
Ein Gespräch über erneuerbare Energien, schützenswerte Landschaften – und das Wallis.

Interview: Armin Bregy

Die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL-FP) stellt sich immer wieder gegen Wind-, Sonnen- und Wasserkraftwerke und steht daher insbesondere in den Bergregionen hart in der Kritik. Sie blockiere Projekte – vor allem solche, die für Bergregionen und die Energiewende zentral sind, heisst es.

Seit November leitet Rahel Marti gemeinsam mit Franziska Grossenbacher die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz. Im Interview stellt sich Marti der Kritik. Und sie erklärt, welche Kompromisse möglich sind. Auch im Wallis.

Rahel Marti, Sie verzichten beim alpinen Solarpark Gries auf eine Einsprache – obwohl das eingereichte Dossier nicht alle rechtlichen Auflagen erfüllt. Warum?

Der Standort ist entscheidend. Aus unserer Sicht gehört er zu den besten aller Solarexpress-Projekte.

Das heisst?

Er erfüllt die Kriterien, die die SL-FP schon lange definiert hat. Es besteht bereits eine Nutzung – und zwar im Bereich der Energieproduktion. Das bedeutet: Die Landschaft ist vorbelastet, sie wird also bereits beansprucht. Zudem kann die Fotovoltaikanlage mit bestehenden Infrastrukturen kombiniert werden. Die elektrische Erschliessung ist vorhanden, es braucht keine zusätzlichen Freileitungen. Für den Bau der Anlage ist lediglich eine temporäre Materialseilbahn notwendig. Wenn nicht in Gries ein Solarpark realisiert werden soll – wo dann?

Nach welchen Kriterien entscheiden Sie, ob ein Solarpark landschaftsverträglich ist oder nicht?

Unsere Kriterien sind öffentlich zugänglich. Die SL-FP arbeitet mit einem sogenannten Ampelsystem. Damit können wir ein Projekt relativ schnell einordnen: Die Ampel leuchtet grün, orange oder rot – je nach Ausprägung der Kriterien. Die wichtigsten Punkte sind die Vorbelastung der Landschaft sowie die Bündelung mit bestehenden Infrastrukturen. Gebiete, die erschlossen sind und wo sich eine Anlage mit anderen Infrastrukturen kombinieren lässt, sind aus Landschaftssicht häufig geeignet.

Haben Sie dieses Ampelsystem auf jedes Projekt im Wallis angewendet?

Auf jene, die uns bekannt sind und denen die Standortgemeinde zugestimmt hat, ja.

Können Sie sagen, bei welchen Walliser Projekten Sie nicht einsprechen werden?

Neben Gries gibt es bei Gletschersolar Matterhorn und Hossaas eine Vornutzung durch die Skigebiete, in Rosswald wird es ähnlich sein, das Projekt könnte demnächst eingereicht werden. Überall dort, wo die Landschaft bereits beansprucht ist, besteht grundsätzlich die Möglichkeit für eine Realisierung.

Und welche Standorte sind problematisch?

Zunächst die kommunalen, kantonalen oder nationalen Natur- und Landschaftsschutzgebiete. Hinzu kommen weitgehend unberührte Lagen, die nicht erschlossen und nicht vorbelastet sind – wobei wir un-

ter Vorbelastung mehr verstehen als eine Alp. Hätte der Gesetzgeber solche sensiblen Gebiete von Beginn an ausgeschlossen, wären auch keine Projektanten darauf losgerannt. Denn Standorte mit bestehender technischer oder touristischer Infrastruktur gibt es genug, auch über der Nebelgrenze. Alle anderen Standorte dürften sich als langfristig problematisch erweisen – nicht nur aus landschaftlicher Sicht, sondern auch im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit.

Haben Sie ein Beispiel?

Gondosolar. Dort wird auf Alplerung, das zwar nicht geschützt, aber abgelegen und nicht erschlossen ist, ein grosser Solarpark geplant. Das ist aus landschaftlicher Sicht höchst fragwürdig – und es wird auch deutlich teurer. Schon an gut erschlossenen Standorten kämpfen die Projekte mit zahlreichen Herausforderungen. Wenn nun zusätzlich noch eine komplette Erschliessung für Transport und Strom geschaffen werden muss, steigen die Kosten und der Aufwand unverhältnismässig.

Zurück zur alpinen Solaranlage Gries: Sie werden nun Teil einer Begleitgruppe sein, um das Projekt zu verbessern. Was wollen Sie verbessern?

Die bisherige Planung ist technologisch. Es wird geschaut, wo die Sonneneinstrahlung hoch ist, die Lawinengefahr niedrig und wo sich die Modultische mit vertretbarem Aufwand verankern lassen. So sind die Solarpanels rund um den Stausee und oberhalb davon verstreut, ohne räumliches Konzept. Dabei hätte gerade darin eine grosse Chance gelegen: Gries hätte zur Energie-

«Die Menschen sollen sehen, woher der Strom kommt.»

landschaft werden können, zu einem sorgfältig mit der Landschaft verbundenen Ensemble von Infrastrukturen für Wind-, Wasser- und Sonnenenergie – und damit zu einem Leuchtturm der erneuerbaren Energien. Doch dafür braucht es konzeptionelle Vorarbeit – ein räumliches und gestalterisches Denken von Anfang an. Weil das Baugesuch eingereicht ist, lässt sich das Projekt nicht mehr grundsätzlich verändern, aber da und dort noch anpassen. Das wollen wir einbringen.

Bei manchen alpinen Solarprojekten im Kanton Wallis fehlen ökologische Ersatzmassnahmen, obwohl diese vorgeschrieben sind. Das gilt auch für den Solarpark Gries.

Das stimmt, und es ist rechtswidrig. Auch die Ersatzmassnahmen werden wir in der Begleitgruppe einfordern. Der Solarexpress gibt ein hohes Tempo vor, alle Beteiligten stehen unter Druck, die Projekte bis Ende Jahr aufzulegen, um die hohen Subventionen zu bekommen. So werden unvollständige und qualitativ mangelhafte Dossiers eingereicht.

Und trotzdem sprechen Sie nicht ein. Das könnte Landschafts- und Umweltschützer irritieren. Und von anderen ausgenutzt werden.

Durchaus. Aber Gries ist keine geschützte Landschaft und wir befürworten den Standort. Da setzen wir auf den kooperativen Weg, und der Wille zur Kooperation scheint auf beiden Seiten da. Und was es auch noch braucht, ist Koordination.

Wie meinen Sie das?

Der Solarexpress löste eine Aufbruchstimmung aus, und allein im Oberwallis starteten über ein Dutzend Planungen, die untereinander nicht koordiniert waren und es auch jetzt nicht sind. Dasselbe gilt für die Festlegung und Umsetzung der vorgeschriebenen Ersatzmassnahmen, nach denen Projektanten oft händeringend suchen. Da braucht es aus unserer Sicht die Koordination durch den Kanton und allenfalls überregionale Lösungen. Wenn der Solarexpress Ende 2025 ausläuft, beginnen wieder die regulären Abläufe mit im Richtplan abgestimmten Standorten, die das ermöglichen sollten.

Spielte die aktuelle Diskussion rund um das Verbandsbeschwerderecht für Ihren Ent-

scheid eine Rolle? Wenn Sie weiter auf Oppositionskurs bleiben, könnten die Umwelt- und Landschaftsschutzverbände dieses verlieren.

Natürlich ist diese Debatte präsent. Aber das Beschwerderecht ist ein rechtliches Instrument – nicht mehr und nicht weniger. Wir sind nicht auf Oppositionskurs, wir argumentieren fachlich. Wir entscheiden nicht über die Realisierung von Projekten, das tun Projektträger oder Gerichte. Wir fordern lediglich, dass ein Projekt rechtlich überprüft wird, wenn wir zum Schluss kommen, dass es gesetzliche Vorgaben nicht einhält. Das ist der einzige Zweck dieses Instruments – aber es wird häufig missverstanden.

Wie meinen Sie das?

Die SL-FP lehnt keine Vorhaben grundsätzlich oder aus ideologischen Gründen ab. Einsprachen oder Beschwerden können wir immer gut begründen. Als Stimme der Landschaft wollen wir den Wandel mitgestalten – immer mit dem Ziel, neue Qualitäten zu schaffen. Das pauschale Bashing und das Narrativ, Umweltverbände würden die Energiewende blockieren, ist falsch, und es personalisiert die Debatte unnötig. Es geht nicht um Personen oder Verbände, sondern um rechtsstaatliche Verfahren. Im Fall von Gries zeigen wir ganz bewusst: Wir unterstützen den Standort, weil er aus unserer Sicht sinnvoll ist. Und wir freuen uns, wenn das auch im Wallis so gesehen wird. Es geht nicht um Schwarz-Weiss-Denken, sondern um Differenzierung und Qualität. Dabei kann es auch zu grotesken Situationen kommen.



Landschaftsschützerin Rahel Marti und das Oberwallis: «Der Solarexpress löste eine Aufbruchstimmung aus, und allein im Oberwallis starteten über ein Dutzend Planungen, die untereinander nicht koordiniert waren und es auch jetzt nicht sind.»
Bild: Keystone

Zum Beispiel?

Aus unserer Sicht gibt es Projekte, die man noch weiter ausbauen könnte. Das sorgt bei den Verantwortlichen oft für Erstaunen.

Sie möchten grössere Solarfelder?

Wenn der Standort geeignet ist und sorgfältig geplant wird – ja.

Erklären Sie.

Wir befinden uns in einer ambivalenten Lage: Es gibt noch einen riesigen Vorrat an Dächern, Fassaden und Infrastrukturen, die man für Solaranlagen nutzen kann. Das sollten wir tun, bevor wir Landschaften verbauen. Doch mit dem Solarexpress existiert nun einmal eine gesetzliche Grundlage, die alpine Solarparks stark fördert. Deshalb arbeiten wir konstruktiv mit und sagen, an geeigneten Standorten sollte man möglichst viel Strom produzieren.

Das wollen die Projektanten doch auch.

Nicht unbedingt. Einige Akteure scheuen sich davor, Standorte zu wählen, die etwa von einer Wohnsiedlung oder einem Tourismusgebiet aus sichtbar sind – aus Sorge vor Widerstand. Für uns ist Sichtbarkeit kein Ausschlusskriterium. Die Menschen sollen sehen, woher der Strom kommt. Ob ein Chaletbesitzer die Anlage optisch ansprechend findet oder nicht, darf nicht das entscheidende Kriterium für die Realisierung eines alpinen Solarparks sein. Bei Rosswald und Bellwald etwa sagen wir, besser dort bauen, wo die Anlage ans Skigebiet anschliesst und sichtbar ist, als weiter entfernt, wo zwar niemand hinschaut, aber unberührte Flächen verbaut würden.

Alpine Solarprojekte stehen auf der Kippe, weil sie trotz hoher Subventionen bei den aktuellen Energiepreisen wirtschaftlich kaum tragbar sind. Verfolgen Sie diese Diskussion?

Ja, natürlich. Entscheidend ist, ob die Solarparkbetreiber Abnehmer finden, die den Strom zu höheren Preisen kaufen. Derzeit sind viele Projektanten intensiv damit beschäftigt, Abnehmer zu finden. Ob das gelingt, ist offen. Offenbar sagen etliche Unternehmen ab, die im nächsten Moment wieder ihren Nachhaltigkeitsbericht auf Hochglanzpapier publizieren.

Ist der Solarexpress gescheitert?

Ich sehe es nicht schwarz-weiss. Aus Landschaftssicht war die Expressgesetzgebung fragwürdig, weil sie bewährte Vorgaben vom Tisch fegte. Der Beschleunigungserlass soll den Planungsablauf straffen, das ist grundsätzlich sinnvoll. Allerdings hat das Parlament im Laufe der Beratungen problematische Zuspitzungen eingebaut. Was sich klar zeigt: Das schnell zusammengezimmerter Gesetz erschwert eine seriöse Planung massiv. Doch immerhin gewinnt die Schweiz Erfahrungen mit grossen Freiflächenanlagen in alpiner Höhe. Diese Erkenntnisse nützen beim weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Zurzeit sind zwölf Anlagen öffentlich aufgelegt, fünf sind erstinstanzlich bewilligt und fünf rechtskräftig – vier im Kanton Graubünden, eine im Kanton Uri. Doch wegen der Wirtschaftlichkeit ist nicht einmal bei allen bewilligten klar, ob sie tatsächlich gebaut werden. Wir werden sehen.

Wechseln wir zur Wasserkraft – zum Gorneri. Das Projekt ist als grösstes und wichtigstes seiner Art aus den Gesprächen des «Runden Tisch Wasserkraft» des Bundes hervorgegangen. Die seit anderthalb Jahren tätige Begleitgruppe Umwelt wurde nun in «Dialog Gorneri» umbenannt. Beim Wasserkraftprojekt Gorneri ist die SL-FP Teil dieser Dialoggruppe – obwohl das Projekt ursprünglich kategorisch abgelehnt wurde. Was hat zum Sinneswandel geführt?

Der fünf Kilometer lange und bis zu einem Kilometer breite Stausee mit der knapp 100 Meter hohen Staumauer wäre ein grosser Eingriff in die unberührte, wilde und national geschützte Hochgebirgslandschaft. Das bestätigt auch die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission in ihrem Gutachten. Als Teil der Begleitgruppe verlangt die SL-FP deshalb, dass Varianten zum Projekt der Grande Dixence SA geprüft werden, die den verschiedenen Interessen – Winterstromertrag, Gewässerschutz, Wasserversorgung, Naturgefahrenprävention, Natur- und Landschaftsschutz sowie Naturerlebnis und Tourismus – gerecht werden. Landschaftsverträglich könnte aus unserer jetzigen Sicht sein, den See zu nutzen, der ohnehin entstehen wird. Dazu wäre vermutlich keine Staumauer nötig.

Angeichts des Klimawandels sollte überall dort, wo es möglich ist, Wasser gespeichert werden, um ein gezieltes Wassermanage-

ment zu ermöglichen.

Im Alpenraum – insbesondere im Wallis – wird dies künftig von entscheidender Bedeutung sein.

Das ist eine komplexe Diskussion. Die Wasserverfügbarkeit ist begrenzt und dürfte abnehmen, die Interessen sind vielfältig – es braucht Priorisierungen. Und wo Nutzen entsteht, braucht es Ausgleich. Schutz und Nutzung müssen im Gleichgewicht stehen, sonst werden irgendwann alle frei fließenden Gewässer verbaut sein. Schon heute gelten nur noch fünf Prozent der Fließgewässer als intakt. Auch bezüglich Wassermanagement gilt: Der Umgang mit Wasser kann mehr oder weniger ausbeuterisch, mehr oder weniger landchaftsverträglich gestaltet werden. Darüber braucht es einen offenen Diskurs.

Die Staudämme sind wichtig für den Hochwasserschutz. Das Wallis wurde erst im letzten Sommer von schweren Überschwemmungen heimgesucht.

Der Hochwasserschutz ist zweifellos ein wichtiges Thema. Aber man sollte nicht alles automatisch miteinander verknüpfen: Energieproduktion, Trinkwasserversorgung, Hochwasserschutz, Bewässerungen. In bestimmten Fällen kann eine Kombination sinnvoll sein – grundsätzlich aber handelt es sich um eigenständige Aufgabenbereiche, die bislang auch separat behandelt wurden. Zunehmend rückt jedoch eine zentrale Frage in den Fokus: Wie viel Wasser steht künftig überhaupt noch zur Verfügung? Wer darf es nutzen, wo-

für ist es geeignet – und welchen Weg nimmt es?

Die Debatte um Atomenergie ist neu lanciert. Wäre das aus Sicht des Landschaftsschutzes nicht sogar eine attraktive Alternative? Atomkraftwerke stehen im Mittelland – dort, wo die Landschaft bereits stark verbaut ist.

Der Landschaftsschutz zählt im Mittelland nicht weniger. Vor allem aber ist Atomkraft teuer, gefährlich und sie kommt zu spät. Darum haben wir 2017 den Ausstieg beschlossen. Viel wichtiger ist das Stromabkommen mit der EU. Es wird die Erneuerbaren fördern, sodass wir Wasser- und Sonnenenergie mit Windenergie aus Europa kombinieren können.

Spielen Effizienz und Strom sparen in der politischen Debatte derzeit eine zu geringe Rolle?

Ja, eindeutig. Das Bundesamt für Energie zeigt in einer Studie vom letzten November: Wir verschwenden in der Schweiz jedes Jahr 6 bis 7 Terawattstunden Strom. Dabei geht es nicht um Verzicht, sondern um vermeidbare Verschwendung – wie etwa unnötig brennende Beleuchtung. Diese Menge – 6 bis 7 Terawattstunden – entspricht etwa dem Dreifachen dessen, was der Solarexpress oder der «Runde Tisch Wasserkraft» jeweils an zusätzlichem Strom bringen sollen. Es gäbe innovative Instrumente, um die Verschwendung zu reduzieren, aber politisch finden solche Effizienzkonzepte kaum Beachtung. Dabei wäre das eine wirksame, oft übersehene Stellschraube.